

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim April/Mai 2013, 23. Jahrg.

Frühling im Barnim

OW-Beitrag/bc

Der Schnee ist endlich weg getaut und der Hirsch in der Schönower Heide wird inzwischen das Frühjahrsgrün genießen. Verbraucher werden jedoch die Auswirkungen des langen und eisigen Winters mit ihren Betriebskostenabrechnungen noch einmal zu spüren bekommen, vor allem bei den Heizkosten. Die Nebenkosten-Debatte wird dadurch noch einmal kräftig angeheizt werden. Strom- und Heizkosten, in manchen Regionen auch Wasserkosten, steigen seit Jahren. Ein gesetzliches Eingreifen ist Ende März wieder gescheitert: Die so genannte „Strompreisbremse“ ist nicht in Sicht.

Siehe dazu auf Seite 5



Lesung gegen das Vergessen

Von Cindy Panzer

Kurt Tucholski, Bertolt Brecht, Erich Kästner ... die Liste der Autoren könnte man weiterführen. Ihre Werke wollte der Nazimob am Abend des 10. Mai 1933 durch die öffentliche Verbrennung aus der Literaturgeschichte unseres Landes endgültig verbannen. Tausende Bücher jüdischer, marxistischer und pazifistischer Schriftsteller wurden verbrannt.

Um an die Geschehnisse zu erinnern, veranstaltet die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber (DIE LINKE) **am 27. Mai um 18 Uhr** im Eiscafé Venezia in der Sparkasse Eberswalde eine Lesung. Interessierte sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei.

Bereits am **7. Mai, um 18 Uhr** lädt die Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann in die Galerie Bernau, Bürgermeisterstr. 4, zu einer Lesung gegen das Vergessen ein.

In dieser Ausgabe:

Gedenken

An Flugzeugabsturz in Eberswalde

Seite 2

Pflegekinder

Aufgaben für Pflegeeltern und Jugendamt

Seite 3

Gesundheit

Regionalkonferenz der LINKEN

Seite 4

Europa

Über Parteigrenzen hinweg

Seite 5

Lehrstunde

Bernauer LINKE über Schule und Bildung

Seite 6

Steuererhöhung?

Wie der Bund durch Steuerprogression kassiert

Seite 7

1. Mai im Barnim

Eberswalde: Traditionell bringt sich DIE LINKE in Eberswalde bei der Organisation der Maifeierlichkeiten ein. Von 10 bis 16 Uhr wird es auf dem Marktplatz wieder einen Buchstand, Zauberer und Kinderschminken, ein Fußballturnier und vieles mehr geben. Zum Auftakt erwarten wir den Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, Ralf Christoffers (DIE LINKE). Der Landtagsabgeordnete Dr. Michael Luthardt wird sein Buch vorstellen und signieren.

Bernau: Die LINKE Bernau und Panketal sind von 10 bis 14 Uhr auf dem Marktplatz anzutreffen mit ...

Werneuchen: Die traditionelle Maifeier auf dem Marktplatz findet von 9 bis 12 Uhr statt. Neben dem Mai-Baum-Aufstellen und Vorstellungen der Kita-Kinder werden sich auch Vereine präsentieren. Dabei ist auch die LINKE mit einem Infostand sowie einer Kinderbeschäftigung.

Schorfheide: DIE LINKE Schorfheide lädt zum Frühschoppen. Ab 10 Uhr können interessierte Bürgerinnen und Bürger zur öffentlichen Basisgruppenversammlung mit ihnen ins Gespräch kommen

Wir rufen alle dazu auf, gemeinsam mit ihren Familien die Maifeierlichkeiten vor Ort zu besuchen!

Ist die Rente sicher?

Dagmar Enkelmann lud Rentenexperten der LINKEN zum Vortrag

Von Manfred Schwarz
Der ehemalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm verkündete einmal, die Rente sei sicher. Inzwischen stellt sich den heutigen wie auch künftigen Rentnerinnen und Rentnern die Frage, ob das noch gilt. Um das zu klären, hatte die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (LINKE) Ende März zu einem rentenpolitischen Abend in den Treff 23 nach Bernau eingeladen und dazu ihren Fraktionskollegen und rentenpolitischen Sprecher, Matthias W. Birkwald mitgebracht.

Er erläuterte in einem Vortrag Grundlagen und Berechnungsweisen der Rente. Darüber hinaus stellte er das Konzept einer Solidarischen Rentenversicherung vor – das Konzept der LINKEN.

Damit ist auch in 30 Jahren eine sichere Rente möglich. Ihr Konzept hat die LINKE in zahlreichen Gesetzesinitiativen im Bundestag eingebracht, die bisher an der Koalition und oftmals auch an SPD und Grünen scheiterten.

Vor allem interessierte unter anderem die Anerkennung der Zeiten für ein Hochschulstudium, die Folgen der Rente erst ab 67 sowie die Angleichung der Ost- an die Westrenten. Birkwald nahm Hinweise zum Beispiel darauf, dass bei der Rentenberechnung von der Zahl der Arbeitnehmer auf eine Abführung auf Basis des Betriebsergebnisses umgestellt werden sollte, zur weiteren Klärung mit.

„Jeder Mensch hat nach einem langen Erwerbsleben

das Recht auf eine Rente, mit der er in Würde alt werden kann. Dafür machen wir als LINKE uns stark!“ so das Fazit Dagmar Enkelmanns am Ende der Veranstaltung.

Eckwerte des Konzepts der Solidarischen Rente der LINKEN auf Seite 3.



Matthias W. Birkwald und Dagmar Enkelmann über Rentenpolitik. Foto: Kracfczyk

Die Fahrkarten, bitte!

Von Sebastian Walter,
Kreisvorsitzender der
Barnimer LINKEN

Es ist mal wieder soweit. Die Fahrpreise im Land Brandenburg und in Berlin sollen mal wieder erhöht werden. Aufgrund von besserem Service, pünktlicheren Abfahrtszeiten und funktionierenden Heizungen in Bus und Bahn ist das

Kommentar

natürlich verständlich. Guter Service muss natürlich gut entlohnt werden. Nur eines stimmt nicht: Busse und Bahnen fahren nicht pünktlicher, der Service ist nicht besser und die Heizungen funktionierten im letzten Winter auch mehr schlecht als recht. Fahrpreiserhöhungen treffen genau diejenigen besonders hart, die sowieso schon einen größeren Aufwand haben, um aus den ländlichen Regionen die Zentren und den Ballungsraum Berlin zu erreichen.

Wenn der VBB dann noch Fahrpreiserhöhungen vornehmen will, ist das nicht vermittelbar und stößt auf berechtigten Protest der Nutzer. Im Übrigen wäre es bereits die zweite Fahrpreiserhöhung innerhalb kürzester Zeit.

Für DIE LINKE gibt es gegenwärtig keine stichhaltigen Argumente, warum der Ticketpreis inzwischen schneller steigen soll, als der Preisindex. Gerade angesichts der jährlichen Milliardengewinne der DB AG sind Fahrpreiserhöhungen völlig unverständlich. Deshalb fordern wir auch den Vertreter des Barnim im VBB, Carsten Bockardt (CDU), dazu auf, einer Fahrpreiserhöhung nicht zuzustimmen.

Viel mehr muss es darum gehen, die Preise zu senken, um noch mehr Menschen für den ÖPNV begeistern zu können. Der Bus- und Bahnverkehr ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und kein Spielfeld für Profitmaximierungen von Konzernen. Der ÖPNV muss für alle Menschen nutzbar sein und darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Konzepte für einen „fahr-scheinlosen“, also kostenfreien Nahverkehr müssen auf die Agenda gesetzt werden. Preiserhöhungen sind hier eher kontraproduktiv.

Gedenken an sowjetische Flieger

Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft, Stadt Eberswalde und Vertreter der LINKEN gedenken des Unglücks vor 47 Jahren

Von Waldemar Hickel
Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde hatte zur Kranzniederlegung für die vor 47 Jahren verunglückten sowjetischen Piloten Boris Kapustin und Juri Janow am 6. April eingeladen, und viele Bürgerinnen und Bürger kamen auf den sowjetischen Garnisonsfriedhof Heegermühler Straße in Eberswalde.

Vor 47 Jahren stürzte ein sowjetisches Flugzeug in den Stößensee, die zwei Besatzungsmitglieder, Boris Kapustin und Juri Janow,

fanden den Tod. Während der Kranzniederlegung wurde der beiden ums Leben gekommenen gedacht. Neben Vertretern der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde legten Torsten Duckert, Vorsitzender des Stadtverbandes der LINKEN und weitere Mitglieder, die Vertreterin der Stadtverwaltung Eberswalde, Steffi Knobloch und Vertreter der DKP, Vertreter aus Bernau sowie Vertreter der Gruppe „Kontakt Eberswalde“ Blumengebinde und Blumen nieder.



Ehrung der ums Leben gekommenen Piloten am 6. April auf dem Garnisonsfriedhof in Eberswalde. Foto: privat

Brandenburg und Europa

Wirtschaftsministerium lobt Journalistenpreis aus/Auch für Schülerzeitungen

OW-Beitrag/bc
Das Brandenburger Wirtschafts- und Europaministerium lobt in diesem Jahr zum zweiten Mal den Journalistenpreis zum Thema „Brandenburg in Europa – Europa in Brandenburg“ aus. Ziel des Wettbewerbs ist es, journalistische Beiträge zum

Themenbereich Europa zu würdigen, die helfen, das Bewusstsein für europäische Zusammenhänge zu schärfen. Zugleich sollen die Wechselbeziehungen zwischen Brandenburg und der Europäischen Union, aber auch zwischen Brandenburg und seinen Nachbarregionen

gezeigt werden. Der Preis ist mit insgesamt 11.500 € dotiert, vergeben werden maximal fünf Preise. Am Wettbewerb beteiligen kann sich jeder Journalist, dessen Beitrag **zwischen dem 1. Januar und 16. September 2013** veröffentlicht wurde. Auch Schülerzeitungen sind

zugelassen. Beiträge bis zum 1. Oktober 2013 an: MWE Brandenburg, Abteilung 4, Referat 41, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam. **Bewerbungsformular unter:** <http://www.europa.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.322245.de>

Kontakte zur LINKEN im Barnim

Alle Sitzungen von Fraktionen und Vorständen der LINKEN im Barnim sind öffentlich. Gäste sind immer willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Sie können sich deshalb vorab informieren:

Wahlkreisbüro Dr. Dagmar Enkelmann: Tel.: 03338-459543, im: Bürgerzentrum Bernau, Berliner Straße 17, 16321 Bernau, E-mail: wkb-d.enkelnmann@t-online.de, Sprechstunde: 22. Mai 16.30 bis 18 Uhr

Wahlkreisbüro Sabine Stüber: Tel.: 03334-385155
im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde, E-Mail: sabine-stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Margitta Mächtigt: Tel.: 03334-385488,
im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde, E-Mail: maechtig@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Dr. Michael Luthardt: Tel.: 03334-385155
im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Str. 46, 16225 Eberswalde, E-Mail: michael.luthardt@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Ralf Christoffers: Tel.: 030-94393058, Fax: 030-94393059
Am Amtshaus 2-2a, Shop 3, 16341 Panketal, E-Mail: christoffers@dielinke-barnim.de

Kreisvorstand: 05. Juni in Wandlitz

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-22026, E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de
13. Mai und 03. Juni, jeweils 18.30 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Zur alten Eiche“

nächster Kreistag: 12. Juni, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Stadtfraktion Bernau: 22. April und 05. Juni, 18 Uhr, Hussitenstr. 1; 22. Mai Treff 23, Breitscheidstraße 43a, Bernau
Stadtverordnetenversammlung: 25. April und 06. Juni, 16 Uhr, Stadthalle Bernau;
fraktion-bernau@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252, Fax: 03338-907251

Stadtfraktion Eberswalde: 22. April, 13. und 27. Mai und 10. Juni, jeweils 18 Uhr, Bürgerzentrum Eberswalde,
Stadtverordnetenversammlung: 25. April und 30. Mai, 18 Uhr, Haus Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Regionalgruppe Cuba sí: bernau@cuba-si.org [**solid**]: solid-eberswalde@web.de

Basisgruppe Schorfheide: jeden 1. Donnerstag/Monat, 19 Uhr, Seniorentreff Finowfurt, Alte Mühle 5a

Basisgruppe Werneuchen: 05. Juli 19 Uhr „Festscheune am Bahnhof“

OW-Spendenkonto: Die LINKE Barnim, Konto: 31 200 514 29, bei: Sparkasse Barnim; BLZ: 170 520 00;
Verwendungszweck: Spende OW. Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung am Jahresende.

Impressum

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: Geschäftsstelle der LINKEN Barnim, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde,
Tel.: 03334-385155, Fax: 03334-385156, **E-Mail:** offeneworte@dielinke-Barnim.de,

Download: www.dielinke-barnim.de, **virtuelle Redaktion:** Berit Christoffers, Veiko Kunkis, Lutz Kupitz, Margitta Mächtigt,
Wolfgang Sachse, André Stahl (ViSDP), Margot Ziemann **Auflage:** 17.000

nächster Redaktionsschluss: 27. Mai **nächster Erscheinungstermin:** 12. Juni 2013

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

OW entscheidet über die Veröffentlichung eingereicherter Zuschriften und kann diese Sinn während kürzen.

Hilfe für Pflegeeltern

Offenbar gibt es immer noch „erhebliche Schwächen“ in der Arbeit des Barnimer Jugendamtes, wurde durch die Kreistagsfraktion der LINKEN festgestellt

Von Gisela Zimmermann

Die Kreistagsfraktion der LINKEN hatte zur Fraktionssitzung am 25. März von der Kreisverwaltung die Sozialdezernentin, Frau Ulonska und vom Jugendamt Frau Dankert und Frau Schimmelpfennig sowie vom Barnimer Pflege- und Adoptivfamilien e.V. Frau Vorweg eingeladen, um über die Zusammenarbeit zwischen Pflegeeltern und Jugendamt zu diskutieren. Im Juni 2012 hatte zu diesem Thema schon einmal eine Beratung stattgefunden, nachdem Pflegefamilien über Probleme in der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt berichtet hatten. Zu dieser Zeit befand sich die Jugendhilfe in der Neuausrichtung, die sozialraumbezogene Arbeit sollte eingeführt werden. Zu Beginn des Jahres 2012 war die „integrierte Sachbearbeitung“ gestartet, was bedeutet, dass ein wirtschaftlicher Bearbeiter und ein Sozialarbeiter die Fälle gemeinsam bearbeiten.

Neben Problemen bei der Bezahlung bereits erbrachter Leistungen an die Pflegeeltern wurde damals vom Verein der Pflegeeltern bemängelt, dass es zu wenig

Gespräche mit den Pflegeeltern gibt. Es wurde verabredet, nach einigen Monaten die weitere Entwicklung zu besprechen.

Erneute Beschwerden von Pflegeeltern über die Arbeitsweise des Jugendamtes sowie eine Reihe von Fragen zum Stand der Neuausrichtung des Jugendamtes und des Stellenwertes der Vollzeitpflege waren ein weiterer Anlass für dieses Gespräch.

Frau Ulonska, Frau Dankert und Frau Schimmelpfennig erläuterten den Fortschritt des Prozesses der Neuausrichtung im Jugendamt.

Die Hilfeplanung umfasst sowohl die Kurzzeit- als auch die Vollzeitpflege. Die Kurzzeitpflege geht über drei Monate und hat die Rückkehr in die Herkunftsfamilie zum Ziel, weshalb der Fokus der Zusammenarbeit auch auf der Herkunftsfamilie liegt. Bei der Vollzeitpflege geht es um eine Unterbringung in einer Pflegefamilie auf Dauer, weshalb hier der Kontakt mit Kind und Pflegeeltern im Vordergrund steht, aber auch der Kontakt zu den leiblichen Eltern.

Zur Schaffung eines Bereit-

schaftspflegeplatzes für die kurzfristige Unterbringung von akuten Fällen ist das Jugendamt ständig auf der Suche nach Pflegefamilien mit Spezialausrichtung.

Die beiden Vertreter der Hoffnungstaler Stiftung Lobetal schilderten, wie sie sich als freier Träger in die Beratung und Betreuung der Pflegeeltern, deren Qualifizierung, insbesondere durch thematische Angebote, die Betreuung von Selbsthilfegruppen und die Profilbildung zu Pflegefamilien sowie die Werbung neuer Pflegefamilien einbringen wollen. Sie sehen sich als Beratungsinstanz für die Pflegefamilien.

2012 fand ein erstes Gespräch mit dem Verein der Pflegeeltern statt, der die Schaffung dieser Stellen in Lobetal sehr begrüßt, da dadurch dem Wunsch der Pflegeeltern nach gleichbleibenden Ansprechpartnern und kontinuierlicher Beratung entsprochen wird.

Frau Vorweg vom Verein der Pflegeeltern richtete die Bitte ans Jugendamt, künftig Veränderungen zeitnah mitzuteilen und eine

Beratungsstelle, die rund um die Uhr erreichbar ist, zu schaffen. Sie schlug vor, eine halbjährliche Beratung und Kontrolle einzuführen. Der Forderung des Vereins nach einer Qualifizierung der Pflegeeltern steht das Jugendamt allerdings noch skeptisch gegenüber, da nicht klar ist, mit welcher Konsequenz bei Nichtteilnahme an der Qualifizierung gehandelt werden soll.

Die Sozialdezernentin und auch die Leiterin des Jugendamtes baten darum, sich bei auftretenden Problemen an sie zu wenden und sagten zu, die angesprochene Kritik zur Vorfinanzierung der Pflegeeltern zu prüfen.

Die anwesenden Mitglieder der Kreistagsfraktion stellten fest, dass es trotz Umstrukturierung und Neuausrichtung in der Umsetzung der Aufgaben des Jugendamtes immer noch erhebliche Schwächen gibt. Die Fraktionsvorsitzende, Margitta Mächtig, schlug deshalb vor, zu erfragen, wie die wirtschaftliche Jugendhilfe in anderen Landkreisen ausgestaltet ist. In etwa einem Jahr wird sich die Fraktion erneut mit der Arbeit des Jugendamtes beschäftigen.

8. Mai in Werneuchen

Von Alexander Horn

Am **8. Mai** wird sich die LINKE Werneuchen/Ahrensfelde um 17 Uhr am Denkmal am Paddenpuhl Werneuchen (Poststraße/ Ecke Bahnhofstraße, gegenüber der alten Post) treffen, um des Tages der Befreiung zu gedenken. Von dort aus ist eine Weiterfahrt nach Seefeld, Blumberg, Ahrensfelde und Lindenberg geplant.

Stammtisch Panketal

Von Christel Zillmann

Die LINKE Panketal lädt am **13. Mai** ab 19 Uhr zur Mitgliederversammlung in den Rathaussaal im Rathaus am S-Bahnhof Zepernick ein. Am **15. Mai** findet am selben Ort ab 18.30 Uhr die Fraktionssitzung der Panketaler LINKEN statt und am **29. Mai** gibt es ab 19 Uhr den traditionellen linken Stammtisch in Leo's Restaurant.

Geschichten aus Ost und West

OW-Beitrag/cz

Am **21. Mai, 18.30 Uhr**, lädt die LINKE zu einer Lesung mit Jan Korte aus seinem Buch „Geh doch rüber! – Feinste Beobachtungen aus Ost und West“ in den Bernauer Treff 23, Kulturhof, Breitscheidstraße 43 ein. Der 36-jährige Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Sachsen-Anhalt hat vergnügliche Kurzgeschichten über die Begegnungen von Ost- und Westbürgern aufgeschrieben.

15 Jahre Desserteursdenkmal

OW-Beitrag/bm

Am **18. Mai**, 16 Uhr findet am Bernauer Desserteursdenkmal in der Mühlenstraße eine Lesung statt, die dem 15. Jahrestag der Errichtung des Denkmals gewidmet ist.

Barnimer LINKE treffen sich

OW-Beitrag/sw

Am **29. Juni ab 9.30 Uhr** wird sich die Barnimer LINKE zu einer Mitgliederversammlung in Bernau treffen. Der genaue Ort wird noch gekannt gegeben.

Gerechtigkeit zwischen den Generationen

Das Rentenkonzept der LINKEN

OW-Zusammenstellung
Ziel des Rentenkonzepts der LINKEN ist die Sicherung des Lebensstandards im Alter. Dazu müssen Arbeitsmarktpolitik und Rentenpolitik zusammen gebracht werden. Denn gute Arbeit und gute Löhne bringen auch gute Rentenanprüche. Die LINKE stellt fünf Kernforderungen:

- Lebensstandard sichern des Rentenniveau
- Solidarische Rentenversicherung
- Solidarausgleich stärken
- Solidarische Mindestrente
- Solidarische Rente gerecht finanzieren

„Gute Arbeit – gute Löhne“

Erst durch eine Existenzsichernde Beschäftigung ist eine auskömmliche Rente möglich. Das erfordert:

- Flächendeckenden Mindestlohn von 10 €/Stunde
- Volle Sozialversicherungs-



Foto: bc

- pflicht auch für Minijobs
- Gleiche Löhne für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit
- Begrenzung der Leiharbeit bzw. Angleichung der Löhne dafür an die der Stammbelegschaft
- Missbrauch von Werkverträgen verhindern
- Befristung von Arbeitsverhältnissen begrenzen

„Gute Rente“

Die von der Regierung Schröder beschlossenen Einschnitte in die Rentenversicherung sind zurückzunehmen. Der Solidargedanke ist zu stärken. Das bedeutet:

- „Rente mit 67“ abschaffen
- Sicherungsniveau wieder auf 53 Prozent des Nettodurchschnittsverdienstes der Versicherten anheben

- Abschlagsfreie Rente nach 40 Beitragsjahren
- Angleichung der Renten in Ostdeutschland an das Westniveau.
- „Riesterrente“ in die gesetzliche Rentenversicherung überführen
- Abschaffung der Renten-Kürzungsfaktoren
- Schrittweise Anhebung der solidarischen Mindestrente auf 1.050 €/Monat
- Zur Stärkung der finanziellen Basis der Rentenversicherung Ausweitung der in der gesetzlichen Rente Versicherten auf alle Erwerbstätigen; Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze

Weitere Infos:

<http://www.matthias-w-birkwald.de>; im Bernauer Wahlkreisbüro von Dagmar Enkelmann Ch. Butterwegge, G. Bosbach und M. W. Birkwald „Armut im Alter“

Bürgermobil Michael Luthardt

OW-Beitrag/cp

Die nächsten Termine sind:
**06. Mai und
03. und 17. Juni:**

Schönwalde, Höhe Schlecker-Markt:
10 bis 11 Uhr;
Basdorf, Parkplatz nahe REWE-Markt/Durchgang Markt: 11.15 bis 12.45 Uhr;
Wandlitz, Nähe Lidl, 13 bis 14 Uhr;
Wandlitz, Parkplatz am Postshop, Prenzlauer Chaussee 183: 14 bis 15 Uhr;

25. April, 23. Mai und 06. und 20. Juni:

Rüdnitz, Wohnpark Parkplatz Bürgermeisterstraße: 9 bis 9.45 Uhr;

Biesenthal, Marktplatz: 10 bis 12.30 Uhr;

26. April, 24. Mai und 07. und 21. Juni:

Ahrensfelde, Höhe Sparkasse, Lindenberger Str. 1: 9 bis 10 Uhr;

Werneuchen, Marktplatz: 10.30 bis 12 Uhr;

29. April, 13. und 27. Mai und 10. Juni:

Niederfinow, Ortsmitte, vor Konsum: 9 bis 9.30 Uhr;

Oderberg, vor ehemaligem Rathaus: 10 bis 11 Uhr;

Oderberg, Nähe Netto-Markt, Waldstraße: 11.15 bis 12 Uhr;

Lunow-Stolzenhagen, Edeka-Markt Richtung Parstein: 13 bis 14 Uhr;

Brodowin, Nähe Kirche: 14.15 bis 15 Uhr;

Gern können Sie sich für einen Termin voranmelden im Bürgerbüro Eberswalde unter 03334-385155.

Aktuelle Touränderungen finden Sie unter

www.michael-luthardt.de

Naturschutzpreis

OW-Beitrag/bc

Am 5. Mai endet die Bewerbungsmöglichkeit für den Bürgerpreis des Deutschen Naturschutzes. Er zeichnet ehrenamtliches Engagement aus und unterstützt lokale Initiativen. Eine einfache Online-Bewerbung mit einer kreativen Idee für ein Projekt reicht aus. Die 20 besten Projektideen werden durch öffentliche Internetabstimmung ermittelt und erhalten ein Preisgeld von je 2.000 €. Der Preis steht 2013 unter dem Motto „Lebensraum Wasser – Vielfalt entdecken, erleben, erhalten“. Hier können Sie sich mit Ihrer Projektidee bewerben: www.deutscher-naturschutzpreis.de.

Für dritte Grundschule

Beim Panketaler Rathausfest am 13. April ging es um Mitbestimmung

OW-Beitrag/wk

Mit einem Stand waren die LINKEN beim traditionellen Panketaler Rathausfest am 13. April vertreten. Das Hauptinteresse der Besucher, zu denen auch der Wirtschafts- und Europaminister sowie Landtagsabgeordnete in diesem Wahlkreis, Ralf Christoffers, gehörte, galt vor allem der Position der LINKEN zum Bürgerbegehren für eine 3. Grundschule in der Gemeinde. Christel Zillmann, Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der

Gemeindevertretung, erläuterte dem Minister die Vorzüge eines neuen Standortes für die Grundschule gegenüber einem Ergänzungsbau am Schulkomplex in der Möserstraße. Die Panketaler LINKEN sammelten an diesem Tag fleißig Unterschriften für das Bürgerbegehren. Auch die Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann (LINKE) kam mit ihrer Aktion „Wir schenken Ihnen reinen Wein ein“ mit den Besucherinnen und Besuchern rasch ins Gespräch.



Christel Zillmann und Ralf Christoffers vor dem Stand der Bürgerinitiative „Pro 3. Grundschule“ Foto: Kracfczyk

Gesundheitsversorgung im ganzen Land

LINKE diskutiert „Leitbild 2020plus“ für Brandenburg

Von Wolfgang Kracfczyk
Die Runde der Frühjahrs-Regionalkonferenzen des Brandenburger Landesvorstandes, der Linksfraktion im Landtag und der Regierungsmitglieder der LINKEN begann am 12. März in Neuruppin. Ziel ist es in diesem Jahr vor allem, das seit gut einem Jahr im Entwurf vorliegende Leitbild „Brandenburg 2020plus“ der Partei „einzunorden“, wie Linksfraktionschef Christian Görke sagte. Dafür stelle man den Entwurf zur Diskussion und lade Parteimitglieder und interessierte Bürger ein, Anmerkungen und Kritik zu äußern. Dabei gehe es um „linke Visionen“ vom künftigen Brandenburg, wobei noch Fragen wie die Funktional- und Bildungsreform sowie die Kommunalfinanzen offen seien. So hatte der Abend eine strategische Ausrichtung, ohne aktuell-politische Ereignisse ganz auszublenden. In drei Themenkreisen wurden mit den Ministern und Staatssekretären der LINKEN Fragen der sozial-ökologischen Energiewende, der Pflege- und Gesundheitspolitik sowie einer zukunftsfähigen Finanzpolitik diskutiert. Beim Thema Energiewende betonten Wirtschaftsminister Ralf Christoffers und die Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann, dass es sich dabei nicht nur um eine „technische Frage“ handelt.

Angesichts der steigenden Strompreise werde zunehmend die soziale Dimension deutlich, die die LINKE von Beginn an thematisiert. Dazu gehören die Forderungen von Christoffers nach Streichung der Stromsteuer sowie eine faire Kostenverteilung. Zugleich muss demokratische Mitbestimmung gesichert werden. Eine rechtzeitige Einbeziehung der Bürger in die Planung von Stromtrassen, Windkraft- oder Biogasanlagen, die Beteiligung der örtlichen Bevölkerung an den Erträgen der Stromerzeuger und die Sicherung einer regionalen Wertschöpfung könnten aus Sicht des Ministers die Akzeptanz für einschneidende Maßnahmen im Umfeld der Betroffenen erhöhen. Die LINKE orientiere auf eine nachhaltige Energiewende, die sowohl Natur und Umwelt schont und Fehlentwicklungen wie Mais-Monokulturen für Biogas begrenzt, als auch auf eine erhöhte Energieeffizienz ausgerichtet ist. Der Dauerkonflikt zwischen Ökonomie und Ökologie müsse aufgehoben werden. In diesem Zusammenhang wurde auch die Perspektive der Braunkohleverstromung angeschnitten, zu der es unterschiedliche

Vorstellungen gibt. Einig war man sich jedoch letztlich darin, dass der Ausstieg aus der Kohle davon bestimmt wird, inwiefern Ersatz durch erneuerbare Energieträger bei Gewährleistung der Versorgungssicherheit zur Verfügung steht. Und das wiederum ist mit Blick auf notwendige Speichermöglichkeiten und den Netzausbau doch wieder eher ein „technisches“ als politisches Problem. Wie die Staatssekretärin im Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzministerium, Almuth Hartwig-Tiedt, betonte, seien Pflege älterer Menschen und Gesundheitspolitik nicht zu trennen. Die LINKE strebe eine flächendeckende Gesundheitsversorgung an. Der Erhalt der Krankenhäuser, Arztpraxen und Apotheken in der Fläche des Landes spreche nicht nur dem Grundverständnis der Partei von Daseinsfürsorge, sondern sichere auch Infrastruktur und Arbeitsplätze. Die Nähe zu medizinischen Einrichtungen, ihre Erreichbarkeit für die Bürger gewinnen als Ansiedlungsgründe für Unternehmen an Bedeutung. Verstärkt werde man sich den Fragen der Ausbildung medizinischen Personals und der Qualitätsverbesserung bei der Versorgung widmen.

Der Themenkreis Finanzpolitik beschäftigte sich vor allem mit der Frage, wie bei tendenziell sinkenden Zuwendungen vom Bund und begrenzten eigenen Hebeln zur Verbesserung der Einnahmesituation politische Prioritäten der Partei wie Schulen, Hochschulen, Ausbildung und Wissenschaft sowie Finanzausstattung der Kommunen umgesetzt werden können, ohne sich weiter zu verschulden. Bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung wurde bisher erreicht, dass die Kommunen in den letzten Jahren mehr Geld den je erhalten haben. Finanzstaatssekretärin Daniela Trochowski machte aber auch deutlich, dass es für eine grundlegende Lösung dieses Problems einer neuen Weichenstellung im Bund bedarf. Die Bundespartei habe entsprechende Vorschläge zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes, zur Vermögens-, Reichen- und Erbschaftssteuer unterbreitet. Über den Bundesrat versuche Brandenburg dieses Anliegen zu befördern. Allerdings entbinde dies das Land nicht von der Pflicht, die Finanzressourcen effektiver einzusetzen. Deshalb wird gegenwärtig intensiv eine Funktional- und Gebietsstrukturreform diskutiert. Die LINKE erhofft sich hier weitere Vorschläge und Anregungen von der Basis.

Minister Christoffers:
»Der Dauerkonflikt zwischen Ökonomie und Ökologie muss aufgehoben werden.«

Ungebremste Preise?

Bundesregierung wollte „Strompreisbremse“ einführen und ist gescheitert
Strom, Heizkosten, Wasser – wo sind die Grenzen für die Verbraucher?

Von Ralf Christoffers,
Wirtschafts- und
Europaminister

Die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zur Einführung einer so genannten „Strompreisbremse“ sind Mitte März gescheitert. Vor dem Hintergrund steigender Kosten sowie einer breiten gesellschaftlichen Debatte über Ausnahmeregelungen für Strom- und Netzkosten war zwischen Bund und den Ländern vereinbart, noch vor der Bundestagswahl den Anstieg der Kosten für die Verbraucher zu begrenzen. Das Land Brandenburg hat sich an den Gesprächen beteiligt, weil die Höhe der Stromkosten die Akzeptanz der Energiewende beeinflusst. Unsere Ziele sind:

- die Kosten für den privaten Verbraucher zu minimieren,
- den industriellen Mittelstand zu entlasten,
- Ausnahmeregelungen für die Industrie so zu verändern, dass die Bundesrepublik Industrieland bleibt, aber ungerechtfertigte Regelungen

verändert werden und - keine Regelung getroffen wird, die die notwendige grundlegende Überarbeitung des Erneuerbaren Energiengesetz (EEG) nach der Bundestagswahl behindern. Das gegenwärtige Vergütungssystem des EEG (Vorrangregelung für erneuerbare Energien) ist durch so viele Sonderregelungen gekennzeichnet, dass es nicht mehr beherrschbar ist. Einer der Fehler der Energiewende ist, dass es kein bundeseinheitliches Finanzierungskonzept gibt. Die Folgen davon wären, dass Versorgungssicherheit und Preisstabilität nicht gewährleistet werden können. Damit könnte die Energiewende gesellschaftliche Akzeptanz verlieren. Die LINKE in Brandenburg und die Brandenburger Landesregierung fordern seit zwei Jahren ein Finanzierungskonzept ein, das die Energiewende nicht behindert, zugleich aber Kosten und Lasten gesamtgesellschaftlich

anders verteilt. In den Verhandlungen zur Strompreisbremse wurde sehr schnell deutlich, dass sowohl zwischen den Ländern als auch zwischen Bund und Ländern unterschiedliche Vorstellungen existieren. Brandenburg hatte vorgeschlagen, als kurzfristige Maßnahme zeitlich begrenzt das Steuersystem zu verändern. Nicht nur die Umlagen aus dem EEG bestimmen die Höhe des Strompreises, sondern auch die Umlagekosten für den Netzausbau, die Stromsteuer und die Mehrwertsteuer. Um einen Entlastungseffekt von mehreren Milliarden Euro zu erzielen, hatten wir vorgeschlagen, entweder die Stromsteuer abzusenken oder aber die Mehrwertsteuer zu verringern. Dies haben mehrere Länder, darunter auch Bayern, unterstützt. Weil dies Einnahmeverluste für den Bundeshaushalt und bei der Mehrwertsteuer auch für die Länder bedeutet hätte, ist der Vorschlag jedoch abgelehnt worden. Mit diesem Herange-

hen wollten wir politisch Zeit gewinnen, um eine grundlegende Reform der Finanzierungskonzeption der Energiewende zu organisieren und die Kosten und Lasten gerechter zu verteilen. Letztlich konnte keine Einigung erreicht werden, durch welche Maßnahmen kurzzeitig eine Strompreisbremse eingeführt werden kann. Es bestand nur grundlegende Übereinstimmung zwischen den Ländern, den Vorschlag der Bundesregierung zurückzuweisen, dass man auch rückwirkend in Vergütungssysteme eingreifen kann (z.B. rückwirkende Kürzung der Solarvergütung). Das geht aus unserer Sicht aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht. Die Diskussion dieses Vorschlags hat zu einer erheblichen Verunsicherung bei der Industrie und den privaten Verbrauchern geführt. Und es ist nicht zu erwarten, dass die Bundesregierung noch vor der Bundestagswahl einen neuen Vorschlag unterbreitet.

Wasser ist Menschenrecht

OW-Beitrag

Die Europäische Kommission plant, europäische Regelungen für die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen einzuführen (siehe OW März, Seite 5). Dazu würde auch gehören, dass die Trinkwasserversorgung nicht länger alleine den Kommunen überlassen bleiben wird. Privatfirmen sollen sich ebenso an Ausschreibungen beteiligen können. In Berlin hat man damit schon bittere Erfahrungen gemacht, vor allem durch steigende Kosten für die Verbraucher.

Die Mehrheit der Länder im Bundesrat hat sich am 1. März gegen dieses Vorhaben ausgesprochen, initiiert durch die Europaminister aus Brandenburg, Bayern und Nordrhein-Westfalen.

Ende März hat nun auch die Europaministerkonferenz, wiederum auf Initiative von Brandenburgs Europaminister Ralf Christoffers und Bayerns Europaministerin Emilia Müller die Europäische Kommission aufgefordert, Trinkwasser generell aus der Vergabe von Dienstleistungskonzessionen heraus zu nehmen.

EU-weit hat sich nun auch eine Bürgerinitiative gegründet, die Wasser und die sanitäre Grundversorgung als Menschenrecht verteidigen will. Es wurden bereits mehr als eine Million Unterschriften gesammelt. Jeder EU-Bürger, der mindestens 18 Jahre alt ist, kann sich an der Unterschriftenaktion beteiligen.

Im Internet unter:

www.right2water.eu/de

Unterschriftenlisten gibt es im Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann (LINKE), Berliner Str. 17, Bernau.

Offene Worte mit Claudia Pechstein

Von Bärbel Mirau

Zur ihrer nächsten Gesprächsrunde „Offene Worte mit Dagmar Enkelmann“ lädt die Bundestagsabgeordnete der LINKEN am 12. Mai von 10 bis 12 Uhr in den Treff 23, Breitscheidstraße 43a in Bernau ein. Zu Gast ist die Eisschnellläuferin Claudia Pechstein.

Überfraktionelles Europa

Helmut Scholz, Europaabgeordneter der LINKEN,
zu Gast bei „Offene Worte mit Dagmar Enkelmann“

OW-Beitrag
Europapolitik langweilig und unverständlich? Nicht so mit Helmut Scholz, Europaabgeordneter der LINKEN und am 24. März im Bernauer Treff 23 Gast bei den „Offenen Worten mit Dagmar Enkelmann“. Kenntnisreich erläuterte Helmut Scholz, Jahrgang 1954, den Staatenbund der 27, das Verhältnis zwischen EU-Rat, der Versammlung der Staats- oder Regierungschefs, der EU-Kommission, die die Entscheidungen des Rats gesetzlich umsetzen soll, sowie dem Europaparlament, das sich direkt den Interessen der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet fühlt. Da es im EU-Parlament keine streng getrennte Regierungskoalition und Opposition gibt, sondern die Abgeordneten nach Ländern und Fraktionen geordnet sind, geschehe dort vieles überfraktionell im Konsens, was z.B. im Bundestag so nicht möglich ist. Das Interesse für Internationales wurde Helmut Scholz

praktisch ins Elternhaus gelegt. Sein Vater war lange Jahre Minister für Land- und Forstwirtschaft der DDR und, wie Scholz berichtete, auch Vorsitzender der deutsch-arabischen Gesellschaft in der DDR. Er selbst wollte Diplomat werden. Vor Studienbeginn in Moskau teilte man ihn fremdsprachlich für Chinesisch ein – so war sein Berufsweg vorgezeichnet. Der führte ihn in den 1980-er Jahren an die DDR-Botschaft in Peking und später ins ZK der SED, Abteilung Internationale Beziehungen. Nach der Wende setzte sich Scholz dafür ein, dass PDS und später Linkspartei ihre internationalen Kontakte pflegten. Das mündete 2004 in der Gründung der Partei der Europäischen Linken. Scharf kritisierte Scholz die Entwicklung der EU in den letzten Jahren. Ein europäischer Interessenausgleich aller Länder sei durch bilaterale Aushandlungen ersetzt worden, wo sich „am Ende



Enkelmann und Scholz mit „Offenen Worten“ Foto: wk

der Stärkste“ durchsetze. Positiv sehen Enkelmann und Scholz die Möglichkeiten, wie sie sich zum Beispiel mit der Europäischen Bürgerinitiative bieten und forderten dazu auf, die aktuelle Petition zum „Menschenrecht auf Wasser“ zu signieren (siehe Seitenspalte). Mit einer Überraschung wartete Helmut Scholz am Ende auf. Er werde wieder für die Bundesliste der LINKEN für die Wahl zum Europäischen

Parlament 2014 kandidieren, kündigte er an. „Die LINKE wäre mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn sie die Kandidatur von Helmut Scholz nicht unterstützte“, erklärte Enkelmann dazu. Gewählt wird das nächste Europäische Parlament voraussichtlich im Mai 2014. Die Bundesrepublik entsendet insgesamt 96 Abgeordnete nach Brüssel. Die Fünf-Prozent-Klausel gilt bei dieser Wahl nicht.

Änderung der Satzung nötig

Von Sebastian Walter

Der Kreisvorstand der Barnimer LINKEN hatte bei der Landesschiedskommission den Ausschluss von Carsten Zinn aus der LINKEN beantragt.

Dies wurde abgelehnt mit der Begründung, dass in der Bundessatzung eine Konkurrenz von LINKEN in verschiedenen Fraktionen nach Wahlen nicht geregelt ist.

Angesichts dieser Tatsache scheint eine Präzisierung der Bundessatzung dringend erforderlich, um künftig die Möglichkeit auszuschließen, dass Mitglieder, die für die LINKE in Parlamente, kommunale Vertretungskörperschaften und sonstige Wahlämter gewählt wurden, nach der Wahl konkurrierend zur Partei DIE LINKE in diesen Gremien arbeiten dürfen.

Zum Parteiausschlussverfahren

Von Gisela und Dr. Helmut Koch

Wir begrüßen die mit eindeutiger Mehrheit getroffene Entscheidung der Landesschiedskommission, den Antrag des Kreisvorstandes der LINKEN Barnim zum Ausschluss von Carsten Zinn abzulehnen. Damit wird hoffentlich eine zum Schaden der LINKEN öffentlich geführte

Leserpost

Diskussion zu Personenfragen beendet und gleichzeitig ein deutliches Signal für innerparteiliche Demokratie und Pluralismus gesetzt. Wenn für den Kreisvorsitzenden der Linkspartei die Entscheidung der Landesschiedskommission nur die Schlussfolgerung einer Veränderung der Bundessatzung notwendig ist, so ist das wenig selbstkritisch und im Interesse der Sache bedauerlich. Vielmehr gilt es, eine nach vorn gerichtete Diskussion über eine kritischere und zugleich konstruktive Kommunalpolitik zu führen, entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen und das auch öffentlich zu machen. Anlass und Themen dafür gibt es im Barnim und Eberswalde genug.

(stark gekürzt)

Lesung und Konzert

DIE LINKE lud zum Frauentag in Eberswalde und Bernau ein



OW-Beitrag

Die LINKE Eberswalde hatte anlässlich des Internationalen Frauentages den Liedermacher KO nach Eberswalde in den „Wilden Eber“ eingeladen. „Jörg Kokotts Auftritte sind tief beseelt und

ergreifend, jedoch alles anders als leicht, eher von einer wunderbaren Wärme durchflutet.“ heißt es auf seiner Internetseite. Davon konnten sich etwa 70 Teilnehmerinnen am 7. März überzeugen. Das liegt nicht nur an seiner

ausgewählt. Für alle reichte die Zeit nicht aus. Das zumeist weibliche Publikum verbrachte zwei romantische Stunden im Kaminzimmer des Gasthauses bei Rotwein und ließen dort die Seele baumeln.

Kabarettist Lutz Stückrath gab am 8. März in Bernau Anekdoten zum besten.

Foto: Privat

Zu einer Lesung mit dem Kabarettisten Lutz Stückrath hatte die LINKE Bernau am 8. März in die Galerie eingeladen. Wie Stückrath sich beschrieb, sich durch die Widrigkeiten des Alltags, der Hierarchien und Bürokratien zu kämpfen, sorgte für regelmäßige Lacher. Sei es das Bemühen um einen Hochzeitsstrauß an einem eiskalten Januartag, ein Drehtag, wo er anstandshalber aber erfolglos das Honorar verweigerte.

Aus seiner linksorientierten Haltung machte Stückrath kein Hehl und überreichte seiner Lieblingspolitikerin Dagmar Enkelmann seinen Blumenstrauß.

Lernstunde in Bernau

LINKE lud zur Debatte Bildung und Schule: Mehr Sozialarbeiter nötig

OW-Beitrag/maz

Zu einer besonderen „Schulstunde“ hatte die LINKE Stadtfraktion in Bernau Eltern, Lehrer und alle Interessierten zu einer öffentlichen Debatte eingeladen.

Was ist los an unseren Schulen? Mit dieser provokanten Frage eröffnete Christine Poppitz, die Bernauer Bildungsausschussvorsitzende (LINKE) die Diskussion. Und die wurde durch die aufschlussreichen Beiträge der zahlreich erschienenen Gäste munter und interessant. Die Themen reichten von den Rahmenbedingungen für den Unterrichts- und Hortbetrieb, Kooperationsbeziehungen zwischen Schulen, Vereinen und Unternehmen, von Schulsozialarbeit zur Konfliktbewältigung, die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen weitgehend allein bewältigen müssen. Allgemein anerkannt wurde, dass die Stadt Bernau in den letzten Jahren viel Geld in die Sanierung und Ausstattung ihrer Schulen investierte und noch investiert. Schönower erhält in den nächsten Jahren einen Schulneubau. Doch materielle Bedingungen allein reichen nicht aus, so die anwesenden Schulleiterin Marion Marquardt, Katrin Bernecker und Othmar Nickel. Denn die Wissensgesellschaft verlange ein ständig angepasstes Bildungsniveau, dem sich auch die Lehrerinnen und Lehrer immer neu stellen müssen. Zudem wolle man die Kinder nicht nur bilden, sondern

auch zu sozialem Verhalten erziehen. Die von Medien geprägte Gesellschaft bringe auch eine veränderte Kindheit und veränderte Kinder mit sich. Cyber-Mobbing sei auch an Bernauer Grundschulen kein Fremdwort mehr. Medienerziehung verlange Eltern, Lehrern und Erziehern viel ab, womit sie aber oft überfordert seien. Die Grundschule am Blumenhag bietet deshalb die „Elternakademie“ an, wo sich Eltern über den Umgang ihrer Kinder mit dem Internet informieren und bilden können. Alle drei Schulleiter wünschten sich mehr Freistunden, die ihre Lehrer außerhalb des Unterrichts mit ihren Schülern verbringen und mehr Stunden für ausgebildete Sozialarbeiter, die sich um die Integration lernbehinderter und verhaltensauffälliger Kinder in den Schulen kümmern. Vor zehn Jahren bereits habe der Jugendhilfeausschuss des Landkreises einen höheren Bedarf an Sozialarbeit an den Schulen festgestellt, so Othmar Nickel, Schulleiter der Tobias-Seiler-Oberschule. Seiner Schule wurden seitdem 10 Wochenstunden zugestanden, in der Grundschule an der Hasenheide sind es sechs Stunden und in der Grundschule Am Blumenhag nur 45 Minuten in der Woche. Sozialarbeiter in den Schulen sind für die Lehrer eine große Hilfe, aber es reiche nicht aus, wenn die Sozialarbeiter nur stundenweise Gastrollen an



Die Schönower Schule platzt aus allen Nähten und soll endlich einen Neubau erhalten. Foto: bc

den Schulen geben. Eine Sozialarbeiterstelle an jeder Schule, das wäre die Lösung vieler Probleme, sind die drei Schulleiter überzeugt. Sie geben den LINKEN mit auf den Weg, sich für mehr Personalstellen bei Land und Kreis einzusetzen. Katrin Bernecker, Leiterin der Grundschule an der Hasenheide hat eine Kooperationsvereinbarung mit dem Träger des Stadtteilzentrums Süd geschlossen. Eine Sozialarbeiterin aus diesem Verein unterstützt die Schule und kümmert sich auch in der Freizeit um die Integration von Kindern aus Migrantenfamilien. Unerwartete Unterstützung boten Vertreterinnen der Berliner Friedländer-Schule an. Diese Schule, gefördert vom Bundesamt für Migration, bot an, sich auch in Bernau an den Schulen zu engagieren. Auch Eckhard Illge, Dezernatsleiter der

Stadtverwaltung, kündigte Unterstützung für die Lösung der Raumprobleme für den Schulhort in der Hasenheide an. Man werde ein zusätzliches Gebäude dafür finden und herrichten. Vielleicht lässt sich dort auch ein „Konflikt- und Ruheraum“ einrichten. Die Freigabe der Schulhöfe und Schulsportplätze zur öffentlichen Nutzung, für die sich die LINKEN in Bernau stark gemacht haben, sieht Frau Bernecker kritisch. Wenn selbst betreuende Vereine nicht dafür Sorge tragen, dass der Schulsportplatz am Montag früh nicht von Abfall, Scherben und Zigarettenskippen verunreinigt ist, dann mache sie von ihrem Hausrecht Gebrauch und schließe ihn wieder ab. So war die öffentliche Fraktionssitzung der LINKEN auch eine „Lernstunde“ für die Stadtverordneten aus mehreren Fraktionen.

Heimliche Steuererhöhung

Kalte Progression kostet die Einkommensteuerzahler jedes Jahr 3 Milliarden €, antwortete das Bundesfinanzministerium den LINKEN

OW-Beitrag/bc
„Erst mal sehen, was am Ende übrig bleibt“ – so sehr man sich über Lohn- oder Gehaltserhöhungen freut, die erste Netto-Abrechnung mündet oft in Enttäuschung. Sozialversicherungsbeiträge, Einkommensteuer, letztlich bleibt das Gefühl, nicht mehr zu haben als vorher.

Hat man auch nicht. Dass das nicht nur ein Gefühl ist, bestätigte Anfang April eine Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage des LINKEN Finanzexperten Axel Troost. Dabei geht es um die so genannte kalte Steuerprogression. Sie ist das Zusammenspiel von zwei Komponenten. Zum einen gibt es die Einkommensteuerprogression: Sobald man ein zu versteuerndes Einkommen unter Berücksichtigung persönlicher Freibeträge von mehr als 8.130 € für Alleinstehende und 16.260 € für Ehepaare (Zahlen für 2013) erzielt, fällt für jeden zusätzlich verdienten Euro ein höherer Steuersatz an. Das endet beim Spitzensteuersatz von 42 Prozent, der bei einem zu versteuernden Einkommen von 52.882 € (Alleinstehende, doppelter Betrag für Verheiratete) zu zahlen ist. Bei Einkommen ab 250.000 € ist die so genannte Reichensteuer zu zahlen, die gleichmäßig bei 45 Prozent bleibt.

Zweitens steigen durch die Inflation die Preise, Geld

wird entwertet, so dass das Realeinkommen in dem Sinne sinkt, dass man trotz höherem Geldbetrag, weniger Produkte oder Leistungen dafür erhält.

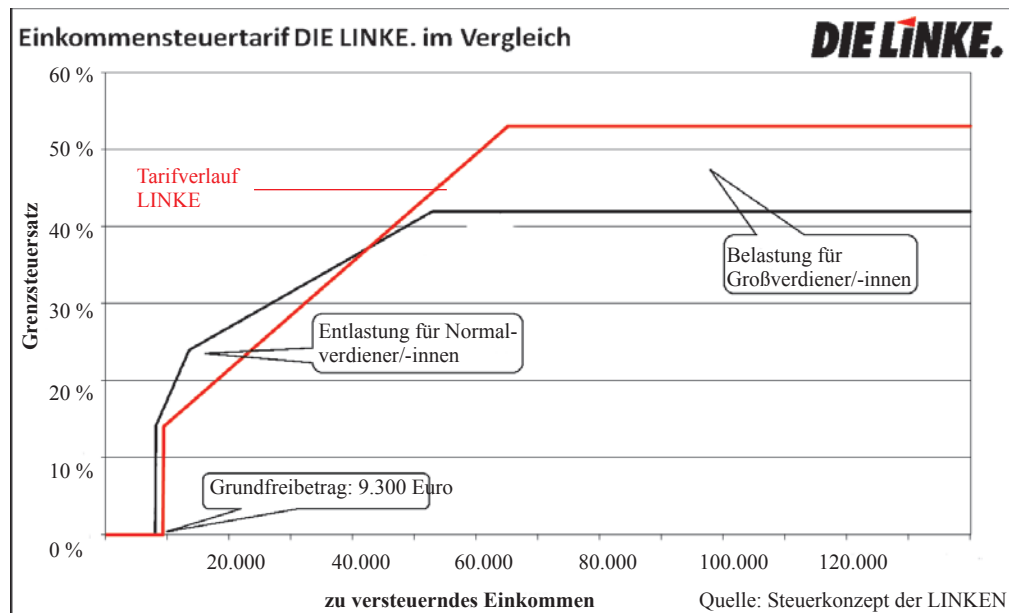
Kalte Progression nennt man es dann, wenn beides zusammen dazu führt, dass der Arbeitnehmer durch seine Lohn- oder Gehaltserhöhung mehr Steuern zahlt und zugleich für seinen Lebensunterhalt mehr zu zahlen hat. Im extremsten Fall verfügt er sogar über ein geringeres Realeinkommen als vorher. Zurzeit liegt die Inflationsrate jedenfalls höher als die durchschnittlichen Einkommenserhöhungen – brutto. Im Endeffekt hat der Steuerzahler weniger Geld als zuvor zur Verfügung, aber die Steuereinnahmen von Bund und Ländern (jeweils 42,5

Prozent des Aufkommens) und Gemeinden (15 Prozent) steigen.

Bisher sind Experten davon ausgegangen, dass die zusätzlichen Einnahmen von Bund und Ländern aus der kalten Progression weit unter 3 Milliarden € jährlich liegen. Aus der Antwort des Bundesfinanzministeriums geht nun aber hervor, dass von 2011 bis 2014 mit zusätzlichen Einnahmen von jährlich 3 Milliarden € gerechnet wird, also insgesamt 12 Milliarden € in diesem Zeitraum. Und das, obwohl ein Wahlversprechen der schwarz-gelben Bundesregierung war, die kalte Progression abzuschaffen. Ebenfalls laut Aussage des Bundesfinanzministeriums würden die Einkommensteuerzahler bei Abschaffung der

kalten Progression 2013 um 1,2 Milliarden € entlastet, im nächsten Jahr um 3,7 Milliarden € und 2015 um 5,3 Milliarden €.

Die Bundesregierung wollte im letzten Jahr mit einer Erhöhung der Grundfreibeträge für 2013 und 2014 die kalte Progression eindämmen, das scheiterte jedoch im Bundesrat an der Ländermehrheit. Hauptgrund für SPD, LINKE und Grüne: Die Erhöhung des Grundfreibetrages war ohnehin verfassungsrechtlich geboten (und ist auch erfolgt), die Länderkammer wollte mit der Abschaffung der kalten Progression zugleich die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent zur Kompensierung der Einnahmeausfälle erwirken.



5.000 Panketaler für Gebühren

Einwohnerantrag zum Trinkwasserpreis muss am 22. April behandelt werden



Von Ilona Trometer

Das haben sie sehr eindrucksvoll mit der Unterzeichnung des Einwohnerantrags bekräftigt. Die beiden Vertrauensleute der Bürgerinitiative Adolf Meinert und Kristine Neumann übergaben die Unterschriftenlisten am 26. März im Beisein von mehr als 60 Bürgern gemeinsam mit Christel Zillmann, Carola Wolschke, Stefan Stahlbaum und Dr. Reiner Jurk an die Wahlleiterin der Gemeinde, Frau Andrea Fiedler. In der Sitzung der Gemeindevertretung am 22. April wird sich zeigen, ob der Bürgerwille bei den Gemeindevertretern Gehör finden wird. Alle Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, an dieser Sitzung teilzunehmen und die Möglichkeit zu nutzen, sich in der Einwohnerfragestunde zu Wort zu melden.

Foto: Dieter Schwertner

Verkauf nicht an Finanzspekulant

OW-Beitrag/cp

Zur Ankündigung des Bosch-Konzerns Mitte März, sich aus der Solarbranche zurück zu ziehen, erklärt die Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Sabine Stüber, ihre Solidarität mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der aleo solar AG in Prenzlau.

„Ich weiß nicht, ob sich Bosch nicht auch Zukunftschancen vergibt, jetzt aus dem Solargeschäft auszuweisen? Der Zick-Zack-Kurs der Bundesregierung hat natürlich eine Aktie an dem Desaster. Tatsache ist aber auch, dass heutzutage selbst ein Traditionsunternehmen wie Bosch offensichtlich weder von unternehmerischer Verantwortung etwas wissen will noch von Pioniergeist erfüllt ist. Was zählt, ist einzig der kurzfristige Maximalprofit“, erklärt Stüber. Ich bin deshalb sehr froh, dass Wirtschaftsminister Ralf Christoffers sofort Initiative ergriffen und Unterstützung des Landes angeboten hat.“

Bosch will seine Anteile an der Solar AG verkaufen. Damit diese nicht an einen Finanzmarktspekulanten verkauft werden, hat Christoffers erfolgreich angeboten, bei der Suche nach einer Lösung für die Beschäftigten in Prenzlau mitzuhelfen.

Pfingsten mit der LINKEN

OW-Beitrag/ph

Vom **17. bis 20. Mai** lädt die LINKE traditionell zum Pfingstcamp im EJB nach Altenhof am Werbellinsee (Joachimsthaler Straße 20) ein. Dort gibt es ein abwechslungsreiches Programm aus Kultur, Politik und Sport, zum Beispiel: Jeden Abend Tanz in der Sporthalle, Samstag und Sonntag großes Kinderprogramm am Strand mit Neptunfest, Fußball und Volleyballwettkämpfen am Samstag, politische Talkrunden im Zelt am Strand gemischt mit Musik und Tanz, Europatag mit Europa-Abgeordneten und internationalen Gästen. Zu einer Bürgersprechstunde lädt die Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises, Sabine Stüber, am Samstag von 16 bis 18 Uhr ein.

